

Bundestagswahl 2017

FÜR STANDORT UND BESCHÄFTIGUNG

Kontext

Trotz Rekordbeschäftigung, stabiler Wirtschaftslage und steigender Löhne befeuern Teile der Politik die Wahrnehmung, in Deutschland gehe es sozial ungerecht zu. Als Konsequenz dieser verzerrten Wahrnehmung fordern einige Parteien weitere Regulierungen des Arbeitsmarkts und zusätzliche Sozialausgaben. Dabei wäre es wichtiger, jetzt die Voraussetzungen unseres Wohlstands zu stärken statt über seine Verteilung zu reden. Nur, wenn wir hierzulande viel erwirtschaften, können wir auch viel verteilen.

Analyse der Wahlprogramme

Die Politik muss wieder mehr tun, um den Standort zu stärken: weniger Regulierung, mehr Flexibilität, mehr Raum für Innovationen. Jede Einschränkung der betrieblichen Flexibilität über Eingriffe in Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht mindert die Wettbewerbsfähigkeit und kostet damit Beschäftigungschancen am Standort Deutschland. Wir haben die Wahlprogramme analysiert und die wichtigsten Forderungen und Erwartungen an die nächste Bundesregierung zusammengefasst.

10 FORDERUNGEN DER CHEMIE-ARBEITGEBER ZUR BUNDESTAGSWAHL

- ▶ Soziale Gerechtigkeit ist ohne eine starke Wirtschaft nicht zu haben. Nur wenn wir hierzulande viel erwirtschaften, können wir auch viel verteilen. Die Politik muss wieder mehr tun, um den Standort zu stärken.
- ▶ Wir fordern mehr Gestaltungsspielraum für die Tarifpartner – sie sind näher dran als der Gesetzgeber. Wenn etwas dennoch per Gesetz geregelt wird, dann müssen tarifgebundene Unternehmen davon abweichen können.
- ▶ Weitere gesetzliche Einschränkungen der unternehmerischen Freiheit lehnen wir ab. Das gilt sowohl für Befristungen als auch für Teilzeit und Zeitarbeit.
- ▶ Wir wollen das Arbeitszeitrecht modernisieren: Die Sozialpartner sollen mehr Verantwortung übernehmen.
- ▶ Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung muss dauerhaft unter 22 Prozent bleiben. Ein Festschreiben oder Anheben des Rentenniveaus überfordert Rentenversicherung und Beitragszahler; zur Vermeidung von Altersarmut tragen sie zudem nicht bei. Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung ist der richtige Weg, um die Altersvorsorge insgesamt zu stärken.
- ▶ Forderungen nach einer „Rückkehr zur paritätischen Finanzierung“ der gesetzlichen Krankenversicherung lehnen wir ab. Allein durch die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall leisten die Arbeitgeber einen deutlich höheren Beitrag als die Arbeitnehmer. Der Zusatzbeitrag der Versicherten ist zudem ein zentrales Element des notwendigen Wettbewerbs im Gesundheitswesen.
- ▶ Im Arbeits- und Gesundheitsschutz muss die Eigenverantwortung gestärkt werden statt auf neue Regulierungen zu setzen. Die bestehenden Regelungen sind ausreichend.
- ▶ Wir müssen die allgemeine und die berufliche Bildung stärken – durch mehr Investitionen, aber auch durch eine digitale Grundbildung an Schulen als verpflichtenden Teil der schulischen Ausbildung.
- ▶ Weiterbildung muss sich am betrieblichen Bedarf orientieren. Einen pauschalen Rechtsanspruch auf Weiterbildung oder eine „Bundesweiterbildungsbehörde“ lehnen wir ab.
- ▶ Wir wollen ein starkes Europa, das ein hohes Niveau an sozialem Schutz gewährleistet und die Beschäftigung stärkt. Aber nicht alle Lebensbereiche müssen europaweit einheitlichen sozialen Standards unterliegen. Das scheidet schon am sehr unterschiedlichen Stand der wirtschaftlichen Leistungskraft.